



öffentlich

**Betreff:**

Gestaltung der Radwege in der Großbeerenstraße

**Einreicher:** Fraktion CDU/ANW

Erstellungsdatum 20.11.2018

Eingang 922:

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
05.12.2018	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

vorbereitend für eine Erneuerung der Fahrbahn und der Nebenanlagen in der Großbeerenstraße in dem Abschnitt zwischen Bahnhof Medienstadt und Steinstraße zu prüfen, wie die vorhandenen aber nicht mehr genutzten Radwege auf dem Bürgersteig bei einer Neuaufteilung des Verkehrsraumes für die Radfahrer mit einbezogen werden können. Insbesondere ist zu prüfen, ob mit einer räumlichen Trennung des Radweges durch eine erhöhte Fahrbahnkante zwischen Radweg und Fahrbahn mehr Sicherheit für den Radverkehr erreicht werden kann als mit einer Fahrbahnmarkierung.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im April 2019 zu berichten.

gez. M. Finken  
Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Beschlussverfolgung gewünscht:**



**Termin: April 2019**

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Bei der Erneuerung der Neuendorfer Straße und der Neuordnung der Fahrbahnaufteilung im Abschnitt von der Großbeerenstraße bis zur Nuthestraße hat, die Verlegung der Radwege auf die Fahrbahn bei vorhandenen Radwegen neben der Fahrbahn und die damit verbundene Verringerung des Verkehrsraumes für Kraftfahrzeuge für viel Diskussion seitens der Bürger gesorgt. Insbesondere hatte der Umstand, dass in weiten Abschnitten die vorhandenen Radwege weiterhin bestehen, das Verständnis für solche Maßnahmen nicht gesteigert. Vielmehr ist bei vielen Bürgern der Eindruck entstanden, man habe Kosten sparen wollen und daher statt der Erneuerung der Radwege diese nur unter dem Vorwand der Verkehrssicherheit einfach mit Fahrbahnmarkierungen von der erneuerten Fahrbahn abgetrennt. Der seinerzeitige Hinweis der Verwaltung auf Nachfragen „wer sich unsicher fühle, könne ja die bisherigen und räumlich von der Fahrbahn getrennten Radwegen nutzen“, hat diesen Eindruck noch verstärkt.

Solche Irritationen sollten bei zukünftigen Straßenerneuerungen in der Landeshauptstadt vermieden werden. Sofern die Sicht des fließenden Verkehrs auf bestehende Radweg nicht durch parkende Kraftfahrzeuge beeinträchtigt wird, sollten vorhandene Radwege ebenfalls bei der Planung des Verkehrsraumes mit einbezogen werden. Da regelmäßig zu beobachten ist, dass Kraftfahrer mit ihrem Fahrzeug deutlich dichter an Fahrbahnmarkierungen heranfahren als an Bürgersteige ist insoweit auch zu untersuchen, ob ein Radweg auf dem Bürgersteig direkt neben der Fahrbahn höhere Sicherheit bietet. Die derzeit in Berlin angestrebte Lösung durch Aufstellung von Pollern zwischen Radweg und Fahrbahn eine verbesserte Sicherheit zu erreichen könnte so ebenfalls und unter Umständen sogar kostengünstiger erzielt werden.